

Wege stehen. Das hat auch die schwache Reaktion der internationalen Geographiegemeinschaft zur Verteidigung der Redefreiheit von Prof. Farhana SULTANA gezeigt, die im September 2025 von der Syracuse University zwangsbeurlaubt wurde nach öffentlicher Kritik durch republikanische Politiker*innen an Social-Media-Posts von F. SULTANA.

Die Veranstaltungsteilnehmenden betonten die Notwendigkeit, ein solidarisches (disziplinäres) Netzwerk zu schaffen, mit dem bei Angriffen schnell kollegiale Beratung und Unterstützung zu mobilisieren und ein disziplinärer Austausch über relevante Publikationen und Entwicklungen zu organisieren ist. Der disziplinäre Austausch sollte mit interdisziplinären Netzwerken verbunden sein, in denen sich schon heute viele Geograph*innen beteiligen. Im Umgang mit diesen Entwicklungen sind in den letzten Jahren von engagierten Wissenschaftler*innen Unterstützungsstrukturen geschaffen worden wie die interdisziplinären Netzwerke zur Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit im politischen und akademischen Raum „Netzwerk Nachhaltige Wissenschaft“ (netzwerk-nachhaltige-wissenschaft.de), „Allianz für Kritische und Solidarische Wissenschaft“ (krisol-wissenschaft.org) und „Initiative Demokratische Wissenschaft“ (wissdem.org), die Vernetzungen über Social-Media-Kanäle organisieren, Informationsveranstaltungen organisieren und Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Zusätzlich stellt der Bundesverband Hochschulkommunikation und Wissenschaft im Dialog mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Hochschulrektorenkonferenz ein Informations- und Beratungsangebot auf der Plattform SciComm Support (scicomm-support.de) bereit, und die Max-Planck-Institute haben im Juni 2025 „Das Anti-Autokratie-Handbuch“ als Leitfaden für Forschende veröffentlicht (www.mpib-berlin.mpg.de/2093709/newsresearch-results-2025-arc). Ein weiteres Online-Austauschtreffen zu Wissenschaftsfreiheit in der Geographie ist für den Herbst 2026 geplant und eine Sitzung

dazu beim kommenden Deutschen Kongress für Geographie (DKG).

Prof. Dr. Sybille Bauriedl (Flensburg) & Dr. Cosima Werner (Kiel) ◆

WISSENSCHAFTSFREIHEIT UNTER DRUCK?

Über rechte Angriffe und institutionelle Strategien der Gegenwehr

Rechte Angriffe auf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind in den vergangenen Monaten zu einem vielbeachteten Thema geworden. Nicht zuletzt durch Defunding- und Einschüchterungsstrategien gegenüber Universitäten in den USA angestoßen, wird auch im deutschsprachigen Raum verstärkt über Formen der institutionellen Gegenwehr und Vernetzung diskutiert.

Vor diesem Hintergrund kamen im Vorfeld eines digitalen Geographie-Formats zu Wissenschaftsfreiheit am **30.01.2026** Geographinnen aus dem DFG-geförderten Netzwerk „Territorialisierungen der radikalen Rechten“ und dem Autorinnenkollektiv Terra-R zusammen, um aktuelle Dynamiken und bestehende Gegenstrategien zu diskutieren. Aus diesem (Vor-)Treffen gehen die hier vorgestellten Überlegungen hervor, mit denen wir zur Sensibilisierung und zur Weiterführung der Debatte beitragen möchten. Wir sehen diesen Austausch als Teil antifaschistischer Netzwerkarbeit, die sich auf politische Fragen rund um gesellschaftliche Dynamiken unter autoritären Konjunkturen bezieht. Unser Begriff von Wissenschaftsfreiheit versteht Wissenschaft als gesellschaftliche Institution, die

nicht nur der Generierung von Wissen dient, sondern auch einem ethischen und normativen Selbstverständnis folgt. Dieses Selbstverständnis ist Idealen von Gerechtigkeit und Freiheit ebenso verpflichtet wie der kritischen Reflexion und der Auseinandersetzung um ihren konkreten Inhalt. Reaktionären Ideologien steht unser Verständnis von Wissenschaftsfreiheit grundsätzlich entgegen.

Aus Sicht des Forschungsnetzwerkes wollen wir im Folgenden: (1) aktuelle Beobachtungen zusammentragen, (2) Gegenstrategien außerhalb der Geographie darstellen sowie (3) Möglichkeiten und Abwägungen zukünftiger Organisation zum Schutz der Wissenschaftsfreiheit aus Sicht der Geographie herausarbeiten.

Kritische Sozialwissenschaften unter Druck: Die ungleiche Verteilung rechter Angriffe

Wir beobachten, dass rechte Angriffe nicht Universitäten bzw. der Wissenschaft per se gelten, sondern vor allem kritische Sozialwissenschaften im Fokus stehen. Somit sind auch viele Bereiche humangeographischer Debatten besonders betroffen. Aktuell richten sich die Angriffe und Delegitimierungsstrategien aus der AfD – darunter aus mehreren Landesverbänden, die von den jeweils zuständigen Verfassungsschutzbehörden als „gesichert rechtsextrem(istisch)“ eingestuft werden – insbesondere gegen Postkoloniale und Gender Studies. Ein Landtagsabgeordneter der AfD in Sachsen-Anhalt hat unlängst per parlamentarischer Anfrage die Universitäten des Landes um eine Auflistung von Forschenden, Lehrenden und Qualifizierungsarbeiten im Bereich Postkolonialismus angesucht. Über ähnliche Anfragen wurden auch aus Thüringen berichtet, die sich gegen Forschung zu Desinformation richten. Zumindest an der MLU Halle-Wittenberg wurde die Anfrage zunächst an viele Beschäftigte in der Lehre weitergereicht, bevor die Universitätsleitung sich entschloss, zentral zu antworten und die Daten von Angestellten und Studierenden zu schützen.

Eine zweite Beobachtung bezieht sich auf die Instrumentalisierung des beamtenrechtlichen Neutralitätsgebotes durch die AfD. Jüngstes Beispiel hierfür sind die Raumabsagen der HU und FU Berlin gegen die „Studis gegen Rechts“. Hierbei ging es um Informationsveranstaltungen gegen die Gründung einer neuen AfD-Jugendorganisation, welche später in Gießen stattfand. An der TU Berlin hingegen konnte eine entsprechende Veranstaltung stattfinden. Die Raumabsagen ebenso wie die Weitergabe von oben umrissenen parlamentarischen Anfragen der AfD zeigen zweierlei: zum einen, dass es um bestimmte Aspekte universitärer Lehre und Forschung sowie studentischer Organisation geht, gegen die sich die Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit richten. Zum anderen zeigt sich, wie weiter unten im Detail dargelegt, dass Handlungsnot und Handlungsspielraum für die Verteidigung von Wissenschaftsfreiheit bei Universitätsleitungen und übergeordneten Gremien liegt – nicht auf der Ebene individueller Forschender.

Aktuelle Gegenstrategien

Zwei Initiativen wurden in der netzwerkinternen Diskussion besonders hervorgehoben: die Leipziger Erklärung der Hochschulen von 2024 und die Gründung des Erziehungswissenschaftlichen Netzwerks Diskursintervention Rechtsaußen (EN:DIRA) im selben Jahr. Zwei unterschiedliche Ansätze, die jedoch als Gegenstrategie ineinandergreifen könnten. Die Leipziger Erklärung, unter anderem unterzeichnet von der Universität Leipzig und verschiedenen Leibniz- und Helmholtz-Instituten, ruft zur Verteidigung demokratischer Grundrechte und dem Engagement gegen Rechtsextremismus auf – und formuliert damit eine explizite Gegenposition zu jüngsten Instrumentalisierungen des Neutralitätsgebotes. EN:DIRA hingegen fokussiert die Vernetzung von Wissenschaftler*innen aus den Erziehungswissenschaften, die sich mit der aktuellen autoritären Verengung befassen. Des Weiteren geht es

um das kollektive Ausloten von Handlungsmöglichkeiten durch Pädagogik und Bildung.

Unser Forschungsnetzwerk hat bereits an früherer Stelle auf die besonderen Herausforderungen aufmerksam gemacht, die sich im Kontext der Forschung zur radikalen Rechten ergeben. Basierend auf diesen und aktuellen Überlegungen kommen wir zu dem Schluss, dass individuelle Vernetzung nur ein Teil wissenschaftlicher Gegenstrategien sein kann und von institutionellen Leitlinien flankiert werden muss. Somit sehen wir eine große Gefahr in der konformistischen Haltung von Universitätsleitungen, die sich auf das „Neutralitätsgebot“ zurückzieht, oder sich von der AfD darauf hintreiben lässt. Ein weiteres Problem sehen wir in vielfach intransparenten Förderlogiken und -entscheidungen, die sich als schleichende Verdrängung kritischer Wissenschaft unter dem Vorwand einer fehlenden „Förderwürdigkeit“ manifestieren könnte.

Zukünftige Abwägungen und Möglichkeiten

Kritische Forschung wird aktuell von rechts angegriffen, und Formen der Vernetzung und Gegenwehr sind notwendig. Diese betreffen zunächst den individuellen Handlungsrahmen, der sich durch Möglichkeiten zur Vernetzung, Information und kritischen Peer-Arbeit vor Ort benennen lässt. Zugleich sind solche Handlungen aber ohne institutionellen Rückhalt wirkungslos. Es bedarf einer veränderten Haltung in Universitätsleitungen sowie Fach- und Fördergremien die sich verstärkt in der Verantwortung sehen müssen, oben skizzierten Angriffen von rechts gegenüberzutreten und auch eine langfristige Verankerung und Stabilisierung kritischer sozialwissenschaftlicher Ansätze in der deutschsprachigen Universitätslandschaft voranzutreiben. Rechte Angriffe auf Wissenschaftsfreiheit sind nicht nur dort erfolgreich, wo sie gezielt vorangetrieben werden, sondern auch dort, wo man sie gewähren lässt – wo rechte Einschüchterungsversuche auf Wissenschaftler*innen nicht geächtet werden,

wo problematische Äußerungen in Instituten und bei Veranstaltungen nicht thematisiert werden, wo rechter Politik nicht konsequent widersprochen wird. Ergänzend wurde im Austausch darauf hingewiesen, dass rechte Angriffe auf Wissenschaft in Lehre und Forschung nicht erst dort wirksam werden, wo Fördermittel tatsächlich entzogen oder Forschung untersagt wird. Bereits die Aussicht auf Defunding kann zu einer schleichenden und weitgehend unsichtbaren Anpassung führen – etwa in der Themenwahl, der Begrifflichkeit von Forschungsanträgen oder der Frage, welche Ansätze überhaupt eingereicht oder gelehrt werden. Diese Herausforderung betrifft nicht nur den relativ kleinen Personenkreis der tatsächlich Forschung zur radikalen Rechten betreibt, sondern er betrifft alle Personen die ihre Forschung und Lehre im Kontext sozialer Gerechtigkeit, emanzipatorischer Entwicklung, und demokratischer Grundhaltung abhalten. In diesem Rahmen müssen auch die aktuellen Angriffe ausgehandelt werden – nicht als Randphänomen, sondern als etwas, das viele betrifft.

Weitere Informationen

Autor*innenkollektiv Terra-R
info.terra-r@tu-dresden.de

